

UGANDA VOR DEN WAHLEN

Teil 2: Regierung und Opposition im Wahlkampf

Am 18. Februar finden in Uganda Parlaments- und Präsidentschaftswahlen statt. Auf den letzten Metern steigt die Spannung. Während die Kandidaten der Opposition ihre Botschaft des Wandels verbreiten und versuchen landesweit Unterstützung zu mobilisieren, lässt die Regierung ihrerseits keine Zweifel aufkommen, dass sie von einem Wahlsieg überzeugt ist. Der Wahlkampf hat bisher für Uganda ungewohnte Dynamiken entwickelt - auch weil zum ersten Mal drei starke Kandidaten im Rennen sind. Dennoch halten Beobachter es für höchst unwahrscheinlich, dass der amtierende Präsident Museveni seinen Hut nehmen muss. Und so stellt sich in erster Linie die Frage, mit welchen Mitteln der Wahlsieg des Amtsinhabers sichergestellt wird - und wie die Reaktion der Opposition ausfallen wird.

Seit 30 Jahren regieren der 71-jährige Amtsinhaber Yoweri Museveni und seine Partei, das National Resistance Movement (NRM), das Land. Falls er gewinnt, wäre es seine insgesamt fünfte Amtszeit. Es ist das dritte Rennen um die Präsidentschaft seit Wiedereinführung des Mehrparteiensystems im Jahr 2005. Insgesamt acht Kandidaten treten als Präsidentschaftskandidaten an. Im Fokus stehen aber vor allem die drei aussichtsreichsten Kandidaten. Dazu zählt neben Präsident Museveni und seinem Langzeit-Konkurrenten Kizza Besigye auch der frühere Premi-

erminister Amama Mbabazi. Diese Konstellation aus drei Kandidaten ist neu für Uganda. Und sie kam für die Regierung recht unerwartet. Schließlich tritt mit Mbabazi ein ehemaliger Minister und enger Vertrauter Musevenis an.

Altbekannter Gegner: Kizza Besigye

Herausforderer Nummer eins jedoch ist ein anderer alter Bekannter: Kizza Besigye trat bereits 2001, 2006 und 2011 erfolglos gegen Museveni an. Besigye hat seine politischen Wurzeln im bewaffneten Kampf gegen das Obote-Regime in den 1980er-Jahren - an der Seite von Yoweri Museveni. Der gelernte Mediziner war lange Zeit Musevenis Leibarzt, stieg zum Oberst der Armee auf und bekleidete in den frühen Jahren der NRM-Regierung verschiedene Ministerposten. Doch Besigye zeigte sich zunehmend frustriert über das „Movement-System“, ein de facto Einparteiensystem, welches er lediglich als Übergangslösung angesehen hatte. Er sprach sich für eine substantielle Demokratisierung aus und kritisierte offen die grassierende Korruption im System. Die Differenzen wuchsen im Laufe der Jahre und im Jahr 2001 kam es schließlich zum offenen Bruch. Besigye kehrte dem NRM den Rücken und entwickelte sich zum Hauptwidersacher Musevenis und zum mit Abstand prominentesten Gesicht der Opposition.

In einer allgemein schwachen Opposition sticht Besigye als Symbolfigur des Kampfes gegen die von ihren Gegnern

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

UGANDA

MATHIAS KAMP

Februar 2016

www.kas.de/uganda

www.kas.de

als autoritär und unterdrückerisch empfundene Regierung hervor. Er genießt in weiten Teilen der Bevölkerung viel Respekt für seine Standhaftigkeit und Konsistenz in seinem politischen Engagement. In der Tat hat Besigye in den vergangenen Jahren viel durchgemacht: er wurde mehrfach inhaftiert, wegen Hochverrats angeklagt, durch falsche Beschuldigungen diffamiert (darunter ein Vorwurf der Vergewaltigung, der ihn als Präsidentschaftskandidaten diskreditieren sollte), erlitt Verletzungen durch Übergriffe von Sicherheitskräften und war sogar gezwungen, einige Jahre im Exil zu leben. Diese persönliche Biographie stärkt seine Glaubwürdigkeit als echter Gegenentwurf zu Museveni, der unbeirrbar gegen das politische Establishment antritt. Er gibt sich im Wahlkampf als volksnaher Vertreter der Interessen der einfachen und armen Bevölkerung, die er als „Opfer der Korruption und Misswirtschaft“ der Regierung ansieht.

Besigye hatte im Rahmen der kontroversen Diskussionen um Wahlreformen lange Zeit darauf beharrt, dass er nur antreten werde, wenn den Forderungen der Opposition nach Reformen (z.B. bei der Besetzung der Wahlkommission) nachgekommen würde. Nun tritt er an - obwohl die geforderten Reformen nicht kamen. Besigye betont dabei nach wie vor, dass er nicht an den freien und fairen Ablauf der Wahlen glaube. Er nimmt also an einem Wettbewerb teil, dessen Spielregeln er für unfair hält und in dem er dem Schiedsrichter - sprich der Wahlkommission - nicht traut. Seine Kampagne steht daher auch unter dem Motto „Defiance“, zu Deutsch „Trotz“ oder „Missachtung“. Das wirft natürlich die Frage auf, ob Besigye überhaupt gewillt ist, im Falle einer Niederlage das Ergebnis anzuerkennen. Manche kritische Beobachter sehen in der „Defiance“-Kampagne den Wegbereiter für Proteste und zivilen Ungehorsam in Reaktion auf die Wahlen, in

denen ein Wahlsieg Musevenis als wahrscheinlich gilt.

Vom Vertrauten zum Herausforderer: Amama Mbabazi

Der neue Mann im Rennen um die Präsidentschaft heißt Amama Mbabazi. Obwohl seine Unterstützerbasis wesentlich schwächer erscheint als die von Kizza Besigye ist er es, der die Regierung stärker ins Schwitzen zu bringen scheint. Grund: er ist ein echter Insider.

Bis Ende 2014 war Mbabazi Premierminister, „zweiter Mann“ im Staat und Generalsekretär der Regierungspartei NRM. Als langjähriger Weggefährte und enger Vertrauter Musevenis war er mehr als 20 Jahre lang Teil der Regierung. Vor seinem Amt als Premierminister, das er 2011 übernommen hatte, diente der Jurist unter anderem als Geheimdienstchef Sicherheits-, Verteidigungs- und Justizminister sowie Generalstaatsanwalt. Er gilt als einer der Architekten der NRM-Machtstrukturen und verfügt über Netzwerke in Regierungs- und Parteikreisen sowie im Verwaltungs- und Sicherheitsapparat.

Bereits zu seiner Zeit als Premierminister wurden Mbabazi Ambitionen auf das Präsidentschaftsamt nachgesagt. Als diese offensichtlicher wurden und Mbabazi zum Fürsprecher der reformorientierten Kräfte innerhalb des NRM wurde, die einer erneuten Kandidat Musevenis kritisch gegenüber standen, war sein Karriere in Regierung und Partei besiegelt - es folgte seine Entlassung als Premier und öffentliche Diskreditierung durch den Präsidenten. Doch die Annahme, man hätte damit den gefährlichsten internen Konkurrenten politisch neutralisiert, erwies sich als falsch. Stattdessen gibt es nun einen weiteren ernstzunehmenden Akteur im Oppositionsspektrum.

Als erfahrener und gewiefter politischer Stratege hielt sich Mbabazi nach

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

UGANDA

MATHIAS KAMP

Februar 2016

www.kas.de/uganda

www.kas.de

seiner Entlassung lange bedeckt, arbeitete aber zugleich an einer Strategie für sein politisches Comeback. Mitte Juni 2015 verkündete er dann überraschend per Videobotschaft auf YouTube seine Absicht, für das NRM als Präsidentschaftskandidat ins Rennen gehen zu wollen. Diese Ankündigung wurde natürlich als direkter Angriff auf Präsident Museveni angesehen und sorgte für erheblichen Aufruhr in der Partei. Über mehrere Wochen dominierte die Frage, ob Mbabazi für die NRM-internen Vorwahlen zur Präsidentschaftskandidatur zugelassen würde, die öffentliche Debatte. Die NRM-Führung machte schnell deutlich, dass sie dies unter keinen Umständen akzeptieren würde. Mögliche Sympathiebekundungen für Mbabazi aus den eigenen Reihen wurden im Keim erstickt. Jeder Parteifunktionär und Abgeordnete, der sich nicht offen kritisch zu Mbabazi äußerte wurde verdächtigt, ihn zu unterstützen, und entsprechend unter Druck gesetzt.

Dass er mit seinem Plan, für das NRM ins Rennen zu gehen – d.h. in den Vorwahlen erfolgreich gegen Museveni anzutreten – scheitern würde, war wohl auch Mbabazi von vornherein bewusst. Und so war es letztlich wenig überraschend, als er Ende Juli 2015 erklärte, dass er nun als unabhängiger Kandidat antreten wolle.

Mbabazi beeindruckte seitdem mit einer ausgesprochen professionellen und gut koordinierten Kampagne und Öffentlichkeitsarbeit. Die NRM-Führung reagierte auf diese neue Herausforderung äußerst nervös. Die große Sorge ist dabei weniger die potentielle Unterstützung für Mbabazi in der Wählerschaft, sondern seine Verbindungen in Staat und Partei. Es gibt Befürchtungen, Mbabazi könne im Falle einer offenen Eskalation Teile des NRM und des Sicherheitsapparates auf seine Seite ziehen. Inwiefern Mbabazi allerdings signifikante Unterstützer innerhalb des Systems hat, ist völlig unklar. Bisher haben ihm zumindest nur wenige NRM-Akteure offen ihre

Unterstützung zugesichert – viele halten sich wohl auch aus Opportunismus zunächst bedeckt.

Während zunächst erwartet wurde, dass Mbabazi eine unabhängige dritte Kraft bilden würde – vor allem durch Abwerbung von frustrierten NRM-Mitgliedern –, suchte er jedoch überraschend schnell den Schulterchluss mit der Opposition und schloss sich mit seiner Plattform „Go Forward“, anfangs auch als „NRM Pro-Change“ bezeichnet, einem gemeinsamen Bündnis an.

Es sollte in diesem Zusammenhang betont werden, dass sich Amama Mbabazi in der Vergangenheit keinesfalls als Kämpfer für die Demokratie ausgezeichnet hat. Er war Teil des engsten Führungskreises um Museveni und in vielen Fällen nicht nur dessen rechte Hand, sondern auch sein „Mann fürs Grobe“. Er war verwickelt in Korruptionsskandale und wird verdächtigt, sich persönlich bereichert zu haben – allerdings haben ihn die Gerichte wiederholt in entsprechenden Anklagepunkten frei gesprochen. In seinen verschiedenen Funktionen als Minister hat er zum Teil die Grundlagen gelegt für den zunehmenden Autoritarismus und die mehr oder weniger subtile Einschränkung politischer Grundrechte in Uganda.

Mbabazis langjährige Erfahrung im Zentrum der Macht ist Fluch und Segen zugleich. Er versucht im Wahlkampf einen Balanceakt: zum einen betont er, dass er aufgrund seiner Erfahrung der richtige Mann für das Präsidentenamt sei, zum anderen versucht er sich von Fehlern der Vergangenheit und umstrittenen Entscheidungen der Regierung Musevenis zu distanzieren. Er inszeniert sich als Kandidat des Wandels („Do you want change, or do you want more of the same?“ war seine oft wiederholte rhetorische Frage an das Publikum der TV-Debatte der Präsidentschaftskandidaten) und möchte gleichzeitig – auch in Abgrenzung zu Besigye – ei-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

UGANDA

MATHIAS KAMP

Februar 2016

www.kas.de/uganda

www.kas.de

nen Eindruck der Ruhe und Besonnenheit vermitteln. Seine eher unnahbare Art - Kritiker werfen ihm vor, er sei zu „abgehoben“ - macht es nicht leicht, im Wahlkampf die Menschenmassen zu begeistern. Bisher scheint er im Wahlkampf weniger erfolgreich zu sein, als seine Unterstützer es erwartet hatten. Seine geballte politische Erfahrung und seinen Andeutungen zu seinem Insiderwissen und Netzwerken im Staat flößen Respekt ein. Aber ob die Menschen ihm in Anbetracht seiner Vergangenheit ihr Vertrauen schenken, ist eine andere Frage - und möglicherweise sein Hauptproblem.

Der Amtsinhaber - 30 Jahre sind nicht genug

Obwohl es der Opposition nicht gelungen ist, eine einheitliche Front zu bilden und einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten aufzustellen, so scheint es doch bei diesen Wahlen zumindest etwas schwieriger zu werden, Musevenis „Dauerabo“ auf die Macht zu verlängern. Entsprechend zeigen sich die Hauptakteure der Regierungspartei National Resistance Movement (NRM) nervös und leicht reizbar - obwohl sie mit dem Staatsapparat im Rücken immer noch einen erheblichen Wettbewerbsvorteil haben.

Auch wenn das NRM sich gerne als geschlossener Block präsentiert, so brodeln es doch immer wieder heftig hinter den Kulissen und mitunter kommen die internen Brüche offen zum Vorschein. Nach der Entlassung Mbabazis und dem allgemeinen harten Durchgreifen gegen interne Kritiker war zwar klar, dass die Partei geschlossen für Museveni in den Wahlkampf ziehen würde. Dies bedeutete aber keineswegs Ruhe und Harmonie. Während der partei-internen Vorwahlen zur Bestimmung der Kandidaten für die verschiedenen politischen Ämter - vor allem für die Parlamentssitze - kam es zu erheblichen Problemen. Zahlreiche Manipulationsvorwürfe wurden laut, es wurde von teils chaotischen und gewaltsamen

Szenen an Wahlstationen berichtet. In ganze Reihe prominenter Anwärter verpasste die Nominierung als Kandidaten - darunter auch sieben amtierende Minister. Viele der unterlegenen Anwärter verweigerten die Anerkennung der Ergebnisse und die Unterstützung der gesetzten Kandidaten des NRM. Ganze 60 amtierende Abgeordnete treten nun als unabhängige Kandidaten an - und stehen damit in Konkurrenz zu den NRM-Kandidaten. In vielen der betroffenen Wahlkreise hat dies bereits im Wahlkampf zu erheblichen Spannungen geführt.

Auch mit Blick auf Musevenis Kandidatur und Wahlkampfstrategie gibt es Kontroversen und Spannungen hinter den Kulissen. Zwar kann sich Museveni der Unterstützung weiter Teile seiner Partei - zumindest bei diesen Wahlen noch - absolut sicher sein. Aber Insider berichten von verschiedenen Lagern mit unterschiedlichen Ansichten zur Frage, mit welcher Strategie der Wahlsieg gesichert werden soll. Je näher die Wahlen rücken, desto größer scheint die Frustration unter den eher moderaten NRM-Anhängern zu werden, die sich auf eine erfolgreiche Kampagne konzentrieren wollen, um die Wähler zu mobilisieren. Sie sehen eine Dominanz der „Hardliner“ aus dem engsten Umfeld Musevenis sowie aus dem Sicherheitsapparat, denen jedes Mittel recht zu sein scheint und die zum Teil Schlagzeilen mit eindeutigen Drohungen in Richtung Opposition machen. Sie zählen auf Einschüchterung und Repression als adäquate Mittel zum Wahlsieg.

Insgesamt lässt sich die NRM-Kampagne als Mischung aus „Zuckerbrot und Peitsche“ beschreiben. Dabei liegt die Betonung auf den Erfolgen in 30 Jahren unter Museveni. Dem Präsident sei es zu verdanken, dass das Land einen Weg des Friedens, der Stabilität und des wirtschaftlichen Wachstums eingeschlagen habe, so die Botschaft. Und nur der Präsident selbst sei in der Lage, diesen Kurs fortzusetzen. Kontinuität auf dem Weg

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

UGANDA

MATHIAS KAMP

Februar 2016

www.kas.de/uganda

www.kas.de

des „stetigen Fortschritts“ ist die Kernmessage in Musevenis Wahlkampf. Sie ist verbunden mit der gleichzeitigen Warnung, dass ein Wahlsieg der Opposition unvermeidlich zu Chaos führen und damit den erreichten Fortschritt gefährden würde.

Ganz ungeniert erläutert Museveni bei Wahlkampfveranstaltungen seine ganz eigene Sichtweise zum Umgang mit den staatlichen Ressourcen: Als Präsident habe er die Macht über die Finanzen des Staates und könne entscheiden wie das Geld genutzt würde. Seine Botschaft an die Bürger: für Regionen, in denen sich Oppositionskandidaten durchsetzen, könne er kein Geld für Entwicklung bereitstellen. Seinen Unterstützern dagegen verspricht er alle möglichen Projekte für die nächste Legislaturperiode. Und es bleibt nicht nur bei Versprechungen. Seine „Geschenke“ sind schon von vorherigen Wahlen bekannt. Mal sind es kleine Geldumschläge für Einzelpersonen, mal großzügige finanzielle Hilfen für Organisationen und Bürgergruppen. So wird das allgemein gängige Erkaufen politischer Loyalität in Zeiten des Wahlkampfes noch einmal verstärkt.

Beobachter kritisieren dabei immer wieder die fehlende Trennung zwischen Wahlkampf und Regierungsgeschäften und werfen dem NRM vor, staatliche Mittel für den Wahlkampf zu nutzen. Aktuelle Statistiken zeigen, dass Museveni innerhalb von zwei Monaten über sieben Millionen US-Dollar für seinen Wahlkampf ausgegeben hat - etwa zwölfmal so viel wie seine Konkurrenten Besigye und Mbabazi zusammen.

Schwache Oppositionsparteien

Dem NRM stehen nach wie vor schwache Oppositionsparteien gegenüber, die es seit der Enttäuschung der letzten Wahlen kaum geschafft haben, ih-

re Strukturen zu stärken und ihre programmatischen Profile zu schärfen.

In der größten Oppositionspartei Forum for Democratic Change (FDC) lieferten sich der amtierende Parteipräsident Mugisha Muntu und sein Vorgänger Kizza Besigye einen erbitterten Wettkampf um die Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten. Muntu hatte die Partei auf einen guten Weg gebracht, interne Strukturen gestärkt und an der Entwicklung eines programmatischen Profils gearbeitet. Er gilt als moderat und intellektuell, gleichzeitig aber weitaus weniger charismatisch als Besigye. Letzterer war zwar bereits dreimal erfolglos bei den Präsidentschaftswahlen angetreten, doch er genießt in der Partei einen Ruf als starker Mann und erfahrener Wahlkämpfer, der dem Wettstreit mit Museveni als einziger gewachsen zu sein scheint. Zeitweise führte die Konkurrenz zwischen Muntu und Besigye zu allerlei Tumulten, Intrigen und öffentlich ausgefochtenen Auseinandersetzungen. Es gelang der Partei aber schließlich, den Wettbewerb in geordnete Bahnen zu lenken. In einem weitgehend transparenten und demokratischen Verfahren wurde Besigye schließlich erneut zum Präsidentschaftskandidaten des FDC erkoren.

Die beiden erheblich kleineren Traditionsparteien der Opposition haben ihrerseits mit internen Problemen zu kämpfen. Der Uganda People's Congress (UPC) ist in zwei Lager zerfallen, die sich um die Führung der Partei streiten. Der Sohn des früheren Präsidenten Milton Obote, Jimmy Akena, erklärte sich Anfang Juni 2015 nach einer höchst umstrittenen Delegiertenkonferenz zum Parteipräsidenten. Der bis dahin amtierende Präsident des UPC, der frühere UN-Diplomat Olara Otunnu, weigerte sich, das Resultat anzuerkennen. De facto gibt es seitdem eine Spaltung der Partei, auch wenn die ugandische Wahlkommission mittlerweile die Ernennung Jimmy Akenas als rechtmäßig anerkannt hat. In jedem Fall ist davon

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

UGANDA

MATHIAS KAMP

Februar 2016

www.kas.de/uganda

www.kas.de

auszugehen, dass UPC in der nahen Zukunft keine wichtige Rolle im politischen Wettbewerb spielen wird.

Die Democratic Party (DP) ist die älteste Partei Ugandas – und gleichzeitig die einzige seit der Unabhängigkeit bestehende Partei mit einer durchweg demokratischen Orientierung und einer stabilen Wertebasis. Doch auch die DP schwächt sich immer wieder selbst durch interne Streitigkeiten, die auch 2015 wieder offen eskalierten.

Trotz aller Bemühungen hat es Parteipräsident Norbert Mao nicht vermocht, langfristig eine stärkere Einheit und Kohärenz in seiner Partei zu gewährleisten. Die Parteistrukturen bleiben schwach und vielfach unprofessionell und vor allem auf lokaler Ebene kommt es immer wieder zu internen Streitigkeiten. Während die Wahlen im Jahr 2016 näher rücken, haben sich auch die Gräben innerhalb der DP wieder geweitet und zu erneuten Brüchen auf nationaler Ebene geführt. Die stärkste Opposition innerhalb der DP erfährt Mao von einer Fraktion um Kampalas Bürgermeister Erias Lukwago.

Aufgrund oben genannter Spannungen innerhalb der Partei und gesundheitlicher Probleme trat Mao im Februar 2015 aus dem Tagesgeschehen der DP zurück, blieb aber weiterhin Präsident der Partei. Im Juli 2015 wurde er bei einem Parteitag offiziell als Parteipräsident im Amt betätigt. Seitdem ist er wieder aktiver am politischen Geschehen beteiligt. Im Gegensatz zu 2011 geht Mao bei den Wahlen allerdings nicht selbst als Präsidentschaftskandidat ins Rennen, sondern unterstützt die Kandidatur Amama Mbabazis.

Es bleibt abzuwarten, ob sich die Allianz mit Museveni für die DP bezahlt macht. Es wäre insbesondere wichtig für die Partei, die Anzahl an Parlamentssitzen auszubauen. Ob das gelingt ist äußerst fraglich. Das programmatische Profil der Partei wird in jedem Fall durch die Unterstützungskampagne für Mbabazi überschattet,

was den Bedeutungsverlust der Partei beschleunigen könnte.

Die „Democratic Alliance“

Eine echte Chance der Opposition, gegen das NRM und Amtsinhaber Museveni bei Wahlen erfolgreich zu sein, würde wohl nur bestehen, wenn es gelänge, mit einem breiten überparteilichen Bündnis und einem gemeinsamen Gegenkandidaten anzutreten. Bei den letzten beiden Wahlen waren Bemühungen in diese Richtung wiederholt gescheitert.

Als im Juni 2015 die Gründung des Oppositionsbündnisses „The Democratic Alliance“ (TDA) verkündet wurde, wuchs die Hoffnung, dass es diesmal klappen könnte. In der Tat einigten sich alle wichtigen Oppositionsparteien in einem detaillierten Abkommen auf eine gemeinsame Strategie, in dessen Mittelpunkt die Unterstützung eines gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten steht. Gestärkt wurde das Bündnis zudem durch die Unterstützung und Leitung durch prominente und einflussreiche Akteure aus der Zivilgesellschaft, darunter auch der emeritierte Bischof und Bürgerrechtsaktivist Dr. Zac Niringye.

Doch es kam wie es kommen musste: die Einigung auf einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten scheiterte auf den letzten Metern. Zu groß waren die Differenzen zwischen dem dominanten FDC und den kleineren Parteien. Wie schon bei den früheren Versuchen, erwies sich die Dominanz des FDC als Problem. Aus Sicht des FDC hat ein Oppositionsbündnis den Zweck, mit Hilfe der kleineren Parteien dem FDC Kandidaten zu mehr Stimmen zu verhelfen. Immerhin erreichte Besiye bei den vergangenen Wahlen weit mehr Stimmen als alle anderen Oppositionskandidaten zusammen. Die kleineren Parteien tun sich allerdings schwer, den absoluten Führungsanspruch des FDC zu akzeptieren. Zudem haben sie wenig Ver-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

UGANDA

MATHIAS KAMP

Februar 2016

www.kas.de/uganda

www.kas.de

trauen in den wiederholt gescheiterten Kandidaten Besigye.

In dieser ohnehin schwierigen Diskussion erwies sich das Auftauchen Amama Mbabazis als neuer Akteur im Oppositionsspektrum als Fluch und Segen zugleich. Auf der einen Seite stärkte es den Wunsch nach einem Bündnis, da man sich durch Mbabazi Zugang zu ganz neuen Wählergruppen verspricht (und zudem seine Verbindungen in den Regierungsapparat strategisch zur Schwächung des NRM nutzen möchte). Auf der anderen Seite hatte man nun einen weiteren „Platzhirsch“ am Verhandlungstisch, der ebenfalls Führungsanspruch geltend machte.

Nach mehreren Tagen intensiver Verhandlungen und offen ausgetragenen Streitigkeiten kam es Ende September 2015 schließlich zum offenen Bruch. Der laut Protokoll der TDA erforderliche Konsens zur Bestimmung des gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten kam nicht zustande. Daraufhin scherte das FDC aus und verkündete, eigenständig mit dem Kandidaten Besigye in den Wahlkampf ziehen zu wollen. Die kleineren Parteien dagegen hielten unter lautstarker Führung Norbert Maos am Kooperationsgedanken fest und wählten Amama Mbabazi zum gemeinsamen Kandidaten. Das Ausscheren der mit Abstand stärksten Kraft FDC bedeutete für das Bündnis eine erhebliche Schwächung und auch die Netzwerke Mbabazis können die kampagnen-erprobten landesweiten Strukturen des FDC kaum ersetzen.

Für den Präsidentschaftswahlkampf bringt der Wettbewerb zwischen drei Kräften – NRM mit Museveni, FDC mit Besigye, Go Forward/TDA mit Mbabazi – natürlich eine ganz neue Dynamik. Aus Sicht der Opposition muss dies gar nicht unbedingt ein Nachteil sein. Möglicherweise können Besigye und Mbabazi jeder für sich insgesamt mehr Wählerstimmen zusammen bekommen, als wenn sie gemeinsam ins Rennen gegangen wären. Denn viele

potentielle Mbabazi-Wähler aus dem NRM-Spektrum würden wohl niemals für Besigye stimmen. Gleichzeitig hätten viele FDC-Wähler ihrer Partei eine Kooperation mit Mbabazi sicher nicht verziehen. Auch die Regierung wird durch das Vorgehen gegen zwei ernstzunehmende Kräfte vor neue Herausforderungen gestellt, denn es ergibt sich aus Sicht der Opposition die Möglichkeit – so zumindest ihre Hoffnung – über den Wettbewerb drei starker Kandidaten eine Mehrheit Musevenis in der ersten Runde zu verhindern, um dann in der zweiten Runde mit vereinten Kräften gegen ihn anzutreten.

Der Bruch im Oppositionsbündnis war Resultat der Diskussion um den gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten. Dabei wurde eine weitere wichtige Komponente weitgehend vernachlässigt. Denn schließlich wird auch ein neues Parlament gewählt und auch jenseits der Präsidentschaft wäre es für die Opposition wichtig, möglichst viele Parlamentssitze zu gewinnen. Gerade den kleinen Parteien war es in der Vergangenheit nicht gelungen, in allen Wahlkreisen Kandidaten aufzustellen. Eine Koordinierung und Aufstellung gemeinsamer Kandidaten hätte hier enorme Vorteile gebracht, aber auch diese Chance wurde nicht genutzt – zumindest nicht mit dem FDC an Bord. Aktuell ist das FDC mit Kandidaten für rund 300 der 429 Parlamentssitze innerhalb der Opposition am besten aufgestellt. Das TDA-Bündnis (ohne FDC) schickt seinerseits 280 Kandidaten ins Rennen (nominiert von DP und UPC, sowie Mbabazi's „Go Forward“ Kampagne und zwei weiteren kleinen Parteien, dem Justice Forum/JEEMA und der People's Progressive Party). Letztlich wird nur das NRM Kandidaten für alle Positionen ins Rennen schicken – 12 von ihnen habe ihre Sitze bereits sicher, denn sie treten ohne Gegenkandidaten an. Beobachter halten es für einen eklatanten Fehler, dass die Akteure im Oppositionsbündnis die Gelegenheit ungenutzt ließen, über einen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

UGANDA

MATHIAS KAMP

Februar 2016

www.kas.de/uganda

www.kas.de

koordinierten Ansatz starke gemeinsame Kandidaten für alle Positionen aufzustellen. Nun könnten in vielen Wahlkreisen die NRM-Kandidaten davon profitieren, dass sich die Stimmen der Opposition auf mehrere Kandidaten verteilen. Hinzu kommt, dass die Opposition - ähnlich wie das NRM - von „Abtrünnigen“ herausgefordert wird, die als unabhängige Kandidaten antreten. Aktuelle Zahlen zufolge treten insgesamt mehr unabhängige Kandidaten als Parteikandidaten an.

Zur Frage, ob zwischen den zwei Lagern der Opposition eine Abstimmung im Wahlkampf stattfindet, gibt es unterschiedliche Angaben. Aber nach Aussage von Insidern auf beiden Seiten herrscht weitgehend Funkstille. Die Rhetorik im Wahlkampf lässt auch eher darauf schließen, dass beide Seiten starr ihre eigene Agenda verfolgen. Dabei schwächen sich zeitweise die beiden Lager gegenseitig durch verbale Attacken, anstatt sich auf den gemeinsamen Gegner Museveni zu konzentrieren.

Wahlkampfthemen und Medienfokus

In Anbetracht der Konzentration auf die drei prominenten Kandidaten und den konträren Kernbotschaften Kontinuität („Museveni muss bleiben“) und Wandel („Museveni muss weg“) bleibt relativ wenig Raum für Zwischentöne. Politische Inhalte geraten oft in den Hintergrund. Dabei sind diese mehr denn je gefragt. Das Land braucht Antworten auf drängende Fragen, zum Beispiel nach dem Umgang mit den Ölressourcen, nach möglichen Maßnahmen zur Stabilisierung der Währung, Eindämmung der Korruption, Schaffung von Arbeitsplätzen und Perspektiven für die junge Bevölkerung. Die Herausforderungen sind vielfältig.

Zwar haben alle Hauptkandidaten mehr oder weniger umfangreiche Wahlprogramme (Manifestos) vorgelegt, eine systematische Auseinandersetzung mit

den Inhalten findet aber wenn überhaupt nur am Rande statt. Stattdessen greifen die Medien in erster Linie die im Rahmen von Wahlkampfveranstaltungen gemachten Versprechungen der Kandidaten auf. Die Themen unterscheiden sich dabei kaum und die Versprechungen zielen in der Regel in die gleiche Richtung: Schaffung von Arbeitsplätzen, Stärkung der Landwirtschaft, Verbesserungen im Gesundheits- und Bildungssystem, Bekämpfung der Korruption. Auf Seiten der Regierung wird dabei das bisher Erreichte betont, während die Opposition der Regierung Versagen vorwirft und die anhaltenden Probleme hervorhebt.

Kern aller Kampagnen sind die Wahlkampftermine im ganzen Land. Alle Kandidaten touren unermüdlich durch alle Landesteile, um dort im Rahmen von Großkundgebungen möglichst viele Menschen direkt zu erreichen. Dabei geht es aber auch darum, medienwirksame Signale zu senden. Es ist ein regelrechter Wettstreit darüber entbrannt, welcher Kandidat die größten Menschenmassen mobilisiert. Dies wird als Indikator für die Popularität angesehen. Neben der politischen Botschaft ist es daher für die Kampagnenteams auch besonders wichtig, Bilder von großen Menschenansammlungen zu produzieren und zu verbreiten.

Experten bezweifeln allerdings, dass die Größe der Menschenmassen bei Wahlkampfveranstaltungen ein guter Barometer ist, um das Potential an Wählerstimmen zu erfassen. In vielen Fällen sind nur ein Teil - manchmal gar die Minderheit - der Teilnehmer echte Unterstützer bzw. Wähler des jeweiligen Kandidaten. Denn neben Unterstützung der Partei oder Sympathie für den Kandidaten spielen auch ganz andere Faktoren eine Rolle bei der Zusammensetzung der Besucher von Wahlkampfevents. Zu allgemeiner Neugier, Mangel an anderen Unterhaltungsmöglichkeiten und simpler Langeweile kommen auch ökonomische Motive hinzu. Für viele Menschen bedeuten die Events der Kandidaten eine

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

UGANDA

MATHIAS KAMP

Februar 2016

www.kas.de/uganda

www.kas.de

Mahlzeit und Getränke umsonst - im Kontext von weit verbreiteter Armut ein nicht unerheblicher Anreiz. Zudem scheint es auf allen Seiten durchaus üblich zu sein, Teilnehmer mit direkten Bargeldzahlungen „anzuwerben“. Nach dem Prinzip „Jubelmasse zur Miete“ werden insbesondere arbeitslose Jugendliche sowie die in allen Städten aktiven Fahrer der Motorrad-Taxis („Boda-Bodas“) angeheuert. So kommt es, dass die Kandidaten sich mit Nachrichten von gut besuchten Events überbieten, obwohl sie selbst wissen, dass es sich zum Teil um die gleichen Leute handelt. Dahinter steckt jedoch eine wichtige Logik: Es gilt, die eigene Stärke zu zeigen - und zwar nicht nur gegenüber dem politischen Gegner sondern auch in Richtung der eigenen potentiellen Wählerschaft. Das Gefühl, Teil einer großen Masse zu sein, und die Hoffnung, am Ende auf der Gewinnerseite zu stehen, sind wichtige Faktoren, um Unterstützer und Sympathisanten zur Wahlteilnahme zu bewegen.

Die Berichterstattung der ugandischen Medien zum Wahlkampf ist zwar umfangreich aber letztlich sehr oberflächlich, mit wenig Erklärung und Analyse. Viele Berichte beziehen sich nur auf eine Quelle und geben unkritisch die Wahlkampfversprechen der jeweiligen Kandidaten wieder. Eine kritische Einordnung oder Überprüfung dieser Versprechen findet kaum statt. Die Aufmerksamkeit richtet sich zum Großteil auf die drei prominentesten Kandidaten während die restlichen fünf Kandidaten eher ein Schattendasein führen.

Die Kampagnen von Museveni, Besigye und Mbabazi werden quasi rund um die Uhr von Journalistenteams begleitet. Museveni genießt dabei allerdings noch die Vorzüge der staatlichen Medieninfrastruktur und profitiert vor allem von den Diensten des „Presidential Press Unit“, das eine zentrale Rolle in der wahlkampfbezogenen Pressearbeit spielt. Es ist daher wenig verwunderlich, dass der Präsident mehr Berichterstattung bekommt als alle anderen

Kandidaten - insbesondere natürlich in den staatlichen Medien.

Ein absolutes Novum in der ugandischen Geschichte war die erste live im Fernsehen übertragene Debatte der Präsidentschaftskandidaten - inspiriert durch die in den USA gängigen Formate. Die mediale Aufmerksamkeit rund um die Debatte war enorm und viele Beobachter sahen sie als Meilenstein in der Entwicklung des demokratischen Wettbewerbs im Land. Die Debatte verlief sehr erfolgreich und bot insbesondere den weniger bekannten Kandidaten eine hervorragende Plattform. Ihr Bekanntheitsgrad stieg entsprechend in Folge der Debatte. Zudem konnten sich die Kandidaten der kleineren Parteien mit konkreten Positionen ins Gespräch bringen, während Besigye und Mbabazi eher vage blieben und die üblichen Allgemeinplätze bedienten.

Doch einer fehlte: Präsident Museveni verweigerte in letzter Minute seine Teilnahme. Er sei im Wahlkampf unterwegs und habe sich um wichtigere Dinge zu kümmern. Kritiker sahen dies als Zeichen der Arroganz und des mangelnden demokratischen Geistes. Die Logik aus Sicht Musevenis und des NRM war eindeutig: der Präsident, der letztlich über den Dingen steht und die Wahl ohnehin gewinnen wird, lässt sich nicht auf das Niveau der Oppositionskandidaten herab. Entsprechend äußerte sich Museveni am Tag nach der Debatte: er sei froh gewesen, nicht teilgenommen zu haben, denn es sei eine lächerliche Debatte zwischen „Schulkindern“ gewesen. Diese Haltung mag ihn Sympathien gekostet haben, aber gleichzeitig bedient er damit eine Narrative, die im bisher immer zu Gute kam: Der demokratische Wettbewerb ist zwar willkommen, aber letztlich bleibt der Präsident unantastbar. Diese weit verbreitete Logik hatte schon bei vergangenen Wahlen eine demobilisierende Wirkung auf potentielle Wähler der Opposition.

UGANDA

MATHIAS KAMP

Februar 2016

www.kas.de/ugandawww.kas.de**Die Rolle sozialer Medien**

Eine besondere Rolle im Wahlkampf kommt den sozialen Medien zu. Wesentlich stärker als noch bei den letzten Wahlen 2011 nutzen die Parteien und Kandidaten die Möglichkeiten, die Plattformen wie Twitter, Facebook und WhatsApp bieten. Die Zahl der Internetnutzer in Uganda ist in den vergangenen Jahren massiv angestiegen und damit hat auch die Bedeutung sozialer Medien enorm zugenommen. Kritiker halten soziale Medien im Wahlkampf für ein Mittel, mit dem sich in erster Linie die privilegierte Stadtbevölkerung erreichen lässt. Sie übersehen dabei, dass auch viele Menschen auf dem Land, vor allem über günstige Smartphones, Zugang zu den sozialen Netzwerken haben.

Neben den physischen Wahlkampfereignissen haben sich die sozialen Netzwerke zu einer hart umkämpften Plattform zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung und zur Mobilisierung politischer Unterstützung entwickelt. Dabei geht es natürlich vor allem um die Stärkung des Profils der jeweiligen Kandidaten. Dahinter stehen zum Teil sehr professionelle Kampagnen, die von Experten aus dem In- und Ausland betreut werden. Besonders deutlich wurde dies zum Auftakt der Kampagne von Amama Mbabazi, der über eine gut koordinierte Strategie zur Nutzung sozialer Medien verfolgt und bereits seine Kandidatur über ein YouTube-Video verkündet hatte. Aber auch auf Regierungsseite wurde viel im Bereich der Wahlkampfleitung über soziale Medien investiert. So verwundert es nicht, dass sich unter den Top Ten der ugandischen Twitter-Profile auch die Kandidaten Museveni (Platz 3) und Mbabazi (Platz 7) finden.

Zwar werden über die sozialen Medien auch inhaltliche und programmatische Diskussionen geführt, aber in erster Linie geht es um die Demonstration der eigenen Stärke, die „ungefilterte“ Verbreitung von Eindrücken aus dem physischen Wahlkampf (Bilder von Men-

schermassen machen einen Großteil der Posts aus), sowie die Kritik am bzw. Diffamierung des politischen Gegners. Dabei zeigen sich natürlich auch die Nachteile gegenüber dem professionellen Journalismus: vielfach werden Gerüchte und nicht haltbare Anschuldigungen in die Welt gesetzt und verbreiten sich rapide. Die politischen Kontrahenten werfen sich gegenseitig die Verbreitung falscher Fakten und Fälschung von Bildern vor. Zudem scheint sich vor allem über die sozialen Netzwerke die Angst vor Gewalt im Rahmen der Wahlen zu verbreiten - eine Angst die von radikalen Elementen auf beiden Seiten (Regierung und Opposition) bewusst gefördert wird. Hasskommentare, Verschwörungstheorien, aber auch das Durchsickern vertraulicher Informationen aus Regierungskreisen haben zu einer Diskussion um Möglichkeiten der Regulierung sozialer Medien in Uganda geführt.

Kontroverse um Umfrageergebnisse: Kann es doch ein knappes Rennen werden?

Fragt man politische Beobachter und Experten sowie einfache Bürger auf der Straße nach ihren Erwartungen zum Ausgang der Wahlen, so bekommt man in den meisten Fällen die gleiche Antwort. Für viele ist die Frage nicht, wer die Wahl gewinnt, sondern eher, wie hoch der Amtsinhaber Museveni gewinnt, auf welchem Wege der Wahlsieg erreicht wird, und wie die Opposition mit dem Ergebnis umgehen wird. Eine Mehrheit der Ugander glaubt nicht daran, dass ein friedlicher Machtwechsel über Wahlen möglich ist.

Auch der Trend kurz vor den Wahlen bestätigt den Vorsprung des Amtsinhabers und der Regierungspartei. Und doch gibt es in der Opposition die Hoffnung, dass es diesmal ein spannenderes Rennen werden könnte und man Museveni mit vereinten Kräften vielleicht doch irgendwie schlagen könnte. Auftrieb für diese Hoffnung gab es durch eine unabhängige Umfrage durch

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

UGANDA

MATHIAS KAMP

Februar 2016

www.kas.de/uganda

www.kas.de

das Institut „Research World International“ (RWI), deren Ergebnisse im Januar veröffentlicht wurden und für viel Diskussion sorgten. In der Umfrage kam Museveni „nur“ auf 51 Prozent, gefolgt von Besigye mit 32 und Mbabazi mit 12 Prozent. Das sieht zunächst nach einem komfortablen Vorsprung für Museveni aus. Und dennoch gibt es dem NRM Grund zur Sorge. Es zeigt nämlich, dass der Rückhalt für Museveni stetig sinkt - nicht nur im Vergleich zu den vergangenen Jahren, sondern auch im Vergleich zu Ergebnissen vor einem halben Jahr, als Museveni bei der gleichen Umfrage noch bei 57 Prozent lag.

Es scheint also, als entwickle sich der Trend eher zugunsten der Opposition. Letztlich geht es dabei nicht um das unwahrscheinliche Szenario eines direkten Wahlsieges für einen Oppositionskandidaten. Vielmehr steht die Frage im Raum, ob es der Opposition gelingen könnte, einen Wahlsieg Musevenis im ersten Durchgang zu verhindern. Sollte dies gelingen, könnte sich eine ganz neue Dynamik entfalten und die Oppositionskandidaten könnten sich im zweiten Durchgang vereinen. In einem solchen Falle wäre wohl davon auszugehen, dass sich die Mobilisierungskraft der Opposition erheblich stärken würde - eine unerwartete realistische Chance auf einen Machtwechsel würde letztlich wohl auch viele Nichtwähler mobilisieren. Beobachter schätzen die Wahrscheinlichkeit eines solchen Szenarios aber als sehr gering ein und gehen davon aus, dass die Regierung den Wahlsieg Musevenis in der ersten Runde um jeden Preis sicherstellen wird.

Die Regierung reagierte übrigens kritisch auf die Umfrage und stellte die Methodik in Frage. Die Umfrage sei aus oppositionsnahen Kreisen in Auftrag gegeben worden und nicht objektiv, so der Vorwurf. Stattdessen verwies die Regierung auf eine andere Umfrage, deren Ergebnisse beinahe zeitgleich erschienen und die Museveni bei 71%, Besigye dagegen bei 19% und Mbabazi

bei nur 6 Prozent sahen. Experten schätzen die Ergebnisse aber als weniger glaubwürdig und verlässlich ein. Zum einen ist war die Methodik offensichtlich weit weniger professionell im Vergleich zur RWI-Umfrage, zum anderen steht der Durchführer der Umfrage nicht unbedingt für Objektivität: es war die Zeitung „New Vision“, die sich mehrheitlich im Besitz der Regierung befindet. Die Umfragen von RWI waren dagegen in der Vergangenheit durchaus verlässlich, so auch bei den letzten Wahlen 2011.

Eine entscheidende Gruppe ist übrigens bei den Umfrageergebnissen nicht berücksichtigt: die wachsende Zahl der Nichtwähler. Nach 30 Jahren ohne demokratischen Regierungswechsel messen viele Ugander Wahlen generell keine große Bedeutung zu. Für sie steht ohnehin fest, dass Museveni im Amt bleiben wird. Sie haben ihr Vertrauen in die Politik längst verloren und glauben vielfach auch nicht an einen fairen Wahlprozess. Zudem gibt es viele Menschen, die zwar Museveni nicht unterstützen, aber gleichzeitig auch nicht daran glauben, dass Kandidaten aus der Opposition eine bessere Alternative darstellen.

Die Opposition hat hier in mehrfacher Hinsicht mit der Mentalität der Wähler zu kämpfen. Zum einen bleiben potentielle Unterstützer den Wahlen fern, weil sie nicht an die Fairness der Wahlen und einen Sieg der Opposition glauben - und zum Teil auch, weil sie durch den Sicherheitsapparat und die warnende Rhetorik der Regierung eingeschüchtert sind. Zum anderen geben viele Wähler nach eigener Auskunft trotz Unzufriedenheit Museveni ihre Stimme - nicht weil sie überzeugt sind, dass er der beste Kandidat ist, sondern weil sie schlicht und einfach auf der Seite des zu erwartenden Gewinners sein möchten. Zu stark scheint die Logik von Patronage und der Belohnung politischer Loyalität in den Köpfen verankert zu sein.